

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Anlass und Gegenstand der Untersuchung</b>	15
I. Einführung und Problemdarstellung	15
1. Vorbemerkung	15
2. Die öffentliche Aufmerksamkeit	18
3. Materieller und institutioneller Opferschutz	19
4. Gliederung der Arbeit	19
II. Die Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde	23
III. Belange von Opfern?	28
1. Bedeutung von Opferbelangen	28
2. Emotionale Bedürfnisse	29
3. Allgemeininteressen	30
4. Sicherheits- und Wiedergutmachungsinteressen	32
5. Verfahrensbezogene Interessen	33
6. Folgerungen	35
IV. Veranschaulichung	36
1. Grund der Veranschaulichung	36
2. Halle	36
3. Love Parade	38
4. NSU	40
5. Breitscheid-Platz-Attentat	43
6. Sexueller Missbrauch an einer Universitätsklinik	45
7. Vorläufige Fragestellung aus der Veranschaulichung	46
<b>B. Die Entwicklung des Opferschutzes im europäischen und nationalen Recht</b>	47
I. 110 Jahre – die fast blinde Stelle der Strafprozessordnung 1877–1987	47
II. Die europäischen Vorgaben	50
1. Zielsetzung und Regelungen auf europäischer Ebene	50
2. Folgerungen	54
3. Perspektiven	55
III. Die nationale Opferschutzgesetzgebung 1987–2023	56
1. Vorgeschichte der gesetzgeberischen Reformen	56
2. Die legislative Entwicklung	57
3. Institutionelle Leerstellen?	61
IV. Folgerungen	61

<b>C. Verfassungsrechtliche Grundlagen eines staatsanwaltschaftlichen Opferschutzes</b> .....	62
I. Problemstellung .....	62
II. Fallgestaltungen .....	63
III. Verfassungsrechtliche Maßstäbe .....	65
1. Vorüberlegung .....	65
2. Justizielle Garantien für Verletzte und Opfer im Rahmen der Strafverfolgung .....	65
3. Grundrechte von Verletzten auf Schutz im Strafverfahren .....	66
4. Grundrecht auf wirksame Strafverfolgung nach den Grundsätzen des BVerfG .....	67
IV. Herleitung eines Grundrechts auf wirksame Strafverfolgung .....	68
1. Kritische Betrachtung der Grundsätze des BVerfG .....	68
2. Herleitungsüberlegungen .....	69
3. Rechtfertigung eines verfassungsrechtlichen Anspruchs auf wirksame Strafverfolgung .....	71
V. Opferschutz durch die Europäische Menschenrechtskonvention .....	75
1. Der Einfluss der Rechtsprechung des EGMR .....	75
2. Das zweifache Schutzverlangen des EGMR .....	76
3. Veranschaulichung .....	77
4. Kritische Einwände und Folgerungen .....	79
<b>D. Strafzwecke und Opferschutz</b> .....	81
I. Vorüberlegungen .....	81
II. Traditionelle Strafzwecklehren .....	82
III. Neuere Ansätze .....	84
<b>E. Die normative Gewährleistung von Rechten wirklicher oder mutmaßlicher Tatopfer durch die Staatsanwaltschaft</b> .....	87
I. Der Begriff des Verletzten und des Opfers im Strafprozessrecht .....	87
1. Ausgangslage .....	87
2. Der Opferbegriff .....	88
a) Sprachverständnis .....	88
b) Kodifizierung .....	89
3. Der Verletztenbegriff .....	91
a) Entstehung .....	91
b) Geltungsbereich .....	91
c) Systematik .....	92
4. Die Bestimmung der Verletzteneigenschaft .....	93
a) Bekannte Personen bei unklarem Verletztenstatus .....	93
b) Verletztenstatus bei unbekannten Personen .....	95
5. Folgerungen .....	96

II. Institutionelle Berücksichtigung von Opferbelangen durch das Klageerzwingungsverfahren, das Adhäsionsverfahren, die Nebenklage und die Privatklage .....	97
1. Klageerzwingungsverfahren .....	97
a) Einführung .....	97
b) Voraussetzungen .....	99
aa) Klageerzwingungsverfahren .....	99
bb) Ermittlungserzwingungsverfahren .....	101
cc) Verzögerung der Ermittlungen .....	103
c) Schutz rechtlicher Interessen des Verletzten .....	104
aa) Auslegung und Reformbedarf .....	104
bb) Antrag .....	105
cc) Anhörung .....	106
dd) Form .....	108
ee) Überprüfbarkeit von Ermessensentscheidungen .....	108
ff) Folgerungen .....	111
2. Adhäsionsverfahren .....	111
a) Einführung .....	111
b) Opferorientierte Vorteile des Adhäsionsverfahrens und kritische Betrachtung .....	113
c) Die Rolle der Staatsanwaltschaft im Adhäsionsverfahren .....	115
d) Folgerungen .....	118
3. Nebenklage .....	119
a) Allgemeines .....	119
b) Regelungen .....	120
c) Interessen des Verletzten .....	122
d) Rolle der Staatsanwaltschaft .....	123
4. Privatklage .....	124
a) Einleitung .....	124
b) Sinn und Zweck des Privatklageverfahrens .....	126
c) Funktion der Staatsanwaltschaft bei privatklagefähigen Straftaten .....	127
III. Informationeller Opferschutz durch die Staatsanwaltschaft .....	128
1. Vorbemerkung .....	128
2. Die Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte nach §§ 406d Abs. 1 und 406e StPO .....	130
a) Das Auskunftsrecht des § 406d Abs. 1 StPO .....	130
b) Das Akteneinsichtsrecht des § 406e StPO .....	131
aa) Voraussetzungen .....	131
bb) Grenzen und Konflikte mit den Rechten des Beschuldigten .....	135
c) Funktionelle Zuständigkeit, Verfahren und Form .....	138
d) Rechtsbehelfe .....	139
e) Rechtspolitischer Reformbedarf? .....	139
3. Sonderfall: § 406d Abs. 2 StPO .....	141

a) Hintergrund .....	141
b) Veranschaulichung: Die Entscheidung des Schweizerischen Bundesgerichts vom 22.07.2019 .....	142
c) Die Vorgabe des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI .....	143
d) Die strafprozessrechtlichen Regelungen des § 406d Abs. 2 und Abs. 3 StPO .....	144
e) Die strafvollzugsrechtlichen landesrechtlichen Regelungen .....	146
f) Zuständigkeitsprobleme .....	147
g) Die Problematik des informationellen Konfrontationsschutzes ...	148
4. Die Informationsrechte der §§ 406i bis 406k StPO .....	149
a) Allgemeines .....	149
b) § 406i StPO .....	151
c) § 406j StPO .....	152
aa) Die Regelungen .....	152
bb) Veranschaulichung: Der Fall Bielefeld .....	153
d) Zeitpunkt der Information und Verantwortlichkeit der Staatsanwaltschaft in den Fällen der §§ 406i und 406j StPO .....	155
e) Rechtsbehelfe .....	157
f) Unvollständigkeiten im Rahmen des § 406j StPO? .....	158
g) Kritik .....	158
5. Verfahrensübergreifende Informationspflichten zum Schutz von Minderjährigen .....	159
6. Informations- und Schutzpflichten der Staatsanwaltschaft zur Vermögenssorge .....	161
a) Problemstellung .....	161
b) Regelungskonzept .....	163
aa) Das neue Modell der Opferentschädigung .....	163
bb) Das kleine Opferentschädigungsverfahren .....	164
cc) Die vorläufige Sicherung von entschädigungsrelevantem Vermögen .....	166
dd) Die große Opferentschädigung im Vollstreckungsverfahren..	167
c) Informations- und Belehrungspflichten .....	167
d) Die Staatsanwaltschaft als Sachwalter vermögensrechtlicher Interessen von Opfern .....	168
e) Schutzpflichten bei formloser Einziehung .....	169
IV. Pflichten zur Ermittlung von unbekannten Verletzten? .....	170
1. Problemstellung .....	170
2. Keine Zuordnung von sichergestellter Beute .....	170
3. Großschadenereignisse .....	171
4. Sexueller Missbrauch .....	172
5. Gesetzgeberischer Reformbedarf? .....	173

<b>F. Schutz von Opferbelangen bei Opportunitätsentscheidungen, dem Täter-Opfer-Ausgleich und im Rahmen von Verständigungen . . . . .</b>	<b>175</b>
I. Verfahrenseinstellung nach §§ 153, 153a, 154, 154a StPO . . . . .	175
1. Die Regelung des Opportunitätsprinzips im Ermittlungsverfahren . . .	175
2. Die Berücksichtigung von Opferbelangen bei Verfahrenseinstellungen nach §§ 153, 153a StPO . . . . .	177
3. Die Berücksichtigung von Opferbelangen bei Verfahrenseinstellungen nach §§ 154, 154a StPO . . . . .	180
II. Wahrnehmung von Verletzteninteressen im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs . . . . .	183
1. Problemdarstellung und gesetzliche Grundlagen . . . . .	183
a) Rechtliche Grundlagen . . . . .	183
b) Sinn und Zweck des Täter-Opfer-Ausgleichs . . . . .	187
2. Verletzteninteressen und Täter-Opfer-Ausgleich . . . . .	188
3. Aufgaben und Befugnisse der Staatsanwaltschaft . . . . .	188
4. Folgerungen und Reformbedarf . . . . .	189
a) Tatsächliche Erkenntnisse . . . . .	189
b) Bewertung und Konsequenzen . . . . .	190
III. Verständigung . . . . .	191
1. Problemdarstellung . . . . .	191
2. Verletzteninteressen im Rahmen der Verständigung . . . . .	193
3. Verständigung in der Hauptverhandlung § 257c StPO . . . . .	195
a) Allgemein . . . . .	195
b) Die Rolle des Verletzten . . . . .	195
4. Verständigung im Ermittlungsverfahren . . . . .	196
a) Allgemein . . . . .	196
b) Die Rolle des Verletzten . . . . .	197
5. Reformvorschläge und Folgerungen . . . . .	198
IV. Staatsanwaltschaftlicher Verletztenschutz durch Zeugenschutz . . . . .	200
1. Problemdarstellung . . . . .	200
2. Sicherung der Interessen von Verletzten als Zeugen im Ermittlungsverfahren . . . . .	202
3. Schutz der physischen Integrität des Zeugen . . . . .	203
4. Folgerungen . . . . .	204
<b>G. Verletzte und Opfer im Rahmen der Medienarbeit der Staatsanwaltschaft . . . . .</b>	<b>205</b>
I. Problemstellung . . . . .	205
II. Normative Grundlagen . . . . .	206
1. Verfassungsrechtliche und bundesgesetzliche Regelungen . . . . .	206
2. Landesrechtliche Regelungen . . . . .	208
III. Vorgaben für die staatsanwaltschaftliche Information über das Opfer einer Straftat . . . . .	210

1. Informationen zu Beschuldigten .....	210
2. Informationen zu Verletzten und Opfern .....	211
IV. Folgerungen .....	215
<b>H. Exkurs: Der Opferschutz im Völkerstrafrecht am Beispiel des IStGH ..</b>	<b>216</b>
I. Problemdarstellung .....	216
II. Normative Grundlagen .....	217
1. Organisation des IStGH .....	217
2. Materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Regelungen .....	218
III. Einrichtungen des Opferschutzes beim IStGH .....	220
1. Victims and witnesses Unit .....	220
2. Office of public counsel for victims .....	221
3. Victims participation and reparations section .....	223
4. Trust fund .....	223
IV. Vergleich mit dem deutschen System .....	224
V. Völkerstrafrechtlicher Opferschutz nach nationalem Recht .....	226
<b>I. Tatsächliche Ergänzung: Opferbeauftragte, Opferschutzstellen .....</b>	<b>227</b>
I. Vorüberlegung .....	227
II. Umfragen .....	228
1. Landesjustizverwaltungen und Opferbeauftragte .....	228
a) Fragebögen .....	228
b) Ergebnis .....	229
2. Baden-Württemberg .....	236
3. Generalstaatsanwaltschaften .....	238
4. Weisser-Ring .....	249
5. Kriminologische Zentralstelle .....	253
III. Generalbundesanwalt .....	254
IV. Bewertung .....	256
<b>J. Grundsatzprobleme der Wahrnehmung des Opferschutzes durch private Einrichtungen .....</b>	<b>259</b>
<b>K. Opferschutz durch die Staatsanwaltschaft .....</b>	<b>262</b>
I. Die Wahrnehmung der Belange von Opfern durch die Staatsanwaltschaft .....	262
II. Die Kollision der Wahrung von Beschuldigtenrechten und Opferbelangen .....	263
III. Alternative oder komplementäre Interessenwahrnehmung .....	264
IV. Die Institutionalisierung von Opferstaatsanwälten .....	265
V. Schlussbemerkung .....	267
<b>L. Thesen .....</b>	<b>268</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>270</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>286</b>